

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 3

Artikel: Parteipolitische Neuvermarkung in der Schweiz
Autor: Nobs, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331062>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

 HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Parteilpolitische Neuvermarkung in der Schweiz.

Von Ernst Nobs.

Im schweizerischen Nationalrat zählte die sozialdemokratische Fraktion Vertreter:

nach der Neuwahl	1925	49
» » »	1928	50
» » »	1931	49

Das sieht vielmehr nach einer Bestätigung der alten parteipolitischen Ausmarkungen als nach einer Neuvermarkung aus. Es könnte wenigstens so *scheinen*, wenn man einzig die Zahl der Mandate in Betracht zieht.

Für die Ermittlung der Stärke einer Partei ist aber ihre Anhängerschaft im Volke, die leicht zu ermittelnde Zahl ihrer Wähler, viel wichtiger als die der Gewählten. Dies gilt in ganz besonderem Maße von einem Lande, in dessen politischen Entscheidungen der Volksabstimmung eine so große Bedeutung zukommt wie gerade in der Schweiz. In den Volksbefragungen aber fallen nicht die parlamentarischen Fraktionsstärken, sondern die Wählermassen selber ins Gewicht.

Da muß nun auffallen, wie bei stagnierender Fraktionsstärke innerhalb von sechs kurzen Jahren die Gesamtwählerzahl der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eine überaus rasche Bewegung vollzogen hat. Diese kennzeichnet sich durch folgende Ziffern:

1925	192,000
1928	223,800*
1931	247,000

Die Sozialdemokratische Partei hat also — bei genau gleichbleibender Fraktionsstärke — ihre Anhängerschaft im Volke

* Unter Berücksichtigung der in den Kantonen Appenzell A.-Rh. und Glarus im Jahre 1922 erreichten Stimmzahlen, da im Jahre 1925 in den beiden Kantonen stille Wahl erfolgte.

innerhalb zweier Amtsperioden von 192,000 auf 247,000, also *um wohlgezählte 55,000 Wähler, das sind 29 Prozent*, gesteigert! Wenn also unsere gesamte bürgerliche Presse, von Tschudi bis Oeri, heute mit großer Selbstgefälligkeit die Stabilität der politischen Machtverhältnisse in der Schweiz rühmt und dem braven und gehorsamen Schweizervolk gute Zensuren ausstellt für seinen «gesunden, nüchternen Sinn», so ist für diese Belobigungen die Bewegung der Wählermasse außer Betracht gelassen und einzig die Unverändertheit der Größe der sozialdemokratischen Fraktion ins Auge gefaßt worden.

Eine solche Betrachtung übersieht, daß die Reduktion der Mitgliederzahl des Nationalrates in diesem Herbst von 198 auf 187 *vollständig zu Lasten der bürgerlichen Fraktionen, die elf Mandate eingebüßt haben*, sich vollzogen hat. Weiter hat die Ausdehnung der allbürgerlichen Listenverbindung auf Kantone, wo sie bisher nicht zur Anwendung gelangt ist, die Sozialdemokratische Partei gehindert, Mandate zu erringen, die ihr sonst unfehlbar zugefallen wären und bürgerliche Verluste zur Folge gehabt hätten. Wir nähern uns aber dem Zeitpunkt, wo der Listenverbindung keine neuen Anwendungsgebiete mehr erschlossen werden können. In einigen Kantonen hingen auch diesmal weitere Gewinne der Sozialdemokratischen Partei an einem Haar. Ob die Fraktion 49 oder 52 Mitglieder zählt, das hängt vielmehr vom Zufallsspiel der Proporzrechnung in den einzelnen Wahlkreisen als von der schweizerischen Gesamtzahl der Wähler ab.

Nach vorläufigen Angaben hat die neue schweizerische Gesamtvermarkung diese Grenzziffern ergeben:

	1931	1928	Zu- od. Abnahme	%
Sozialdemokratische Partei	247,000	223,800	23,200	10,4
Freisinnig-Demokratische Partei	230,100	229,400	900	0,4
Katholischkonservative Partei	182,400	173,300	9,100	5,3
Bauernpartei	131,600	127,000	4,600	3,6
Liberalkonservative Partei	24,400	23,800	600	2,5
Sozialpolitische Gruppe	10,100	18,200	—8,100	—44,5
Kommunistische Partei*	12,700	14,800	—2,100	—14,2

Trotz allen Siegeshymnen der bürgerlichen Leitartikler hat die schweizerische Sozialdemokratie einen prächtigen Wahlerfolg davongetragen. *Sie ist unstreitig zur stärksten Partei des Landes geworden und hat auch die stärkste Fraktion des Nationalrates, die Fraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei, bis auf drei Mandate eingeholt.* Jubelt eine gegnerische Presse jetzt: «Die Sozialdemokraten haben ihr Ziel nicht erreicht, sie sind nicht zur ersten Fraktion geworden», so wird diese gleiche Presse

* Ohne die altlinige Bringolfgruppe in Schaffhausen. Bei Berücksichtigung derselben erhält man 15,900. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß 1931 in den vier Kantonen Luzern, Aargau, St. Gallen und Neuenburg kommunistische Listen eingereicht wurden, was 1928 nicht der Fall war.

ganz gewiß kein Aufhebens damit machen, wenn dieses andere Ziel in einem der nächsten Wahlkämpfe erreicht wird. Der diesjährige Wahlerfolg der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei ist um so erfreulicher und auch für uns verheißungsvoller, als er errungen wurde inmitten eines Kontinents, das erfüllt ist vom Gebrüll der faschistischen Konterrevolution. Gewiß haben auch — bei der Enge unserer Landesgrenzen und den nahen sprachlichen Bindungen der Schweiz zu allen Nachbargebieten — ausländische politische Ereignisse sehr stark in die Wahlauseinandersetzungen hereingespielt. Es ist nicht zu bestreiten, daß die meisten Industriestaaten der Welt von der gegenwärtigen Krise viel schwerer heimgesucht werden als die Schweiz, die dank der besonderen Struktur ihrer Volkswirtschaft und dank dem Umstand, daß sie nicht in Weltkrieg und Währungszerfall hineingerissen worden ist, auf eine Reihe von Konjunkturjahren zurückblickt und erst seit kurzem von der nahenden Krise erreicht worden ist, ohne daß diese bereits zur Katastrophe geworden wäre. Gerade diese vergleichsweise günstige Lage ist von der bürgerlichen Wahlpropaganda sehr stark betont und gewiß zu Unrecht dem Konto der bürgerlichen Parteien gutgeschrieben worden. Schamlos war, was bürgerliche Flugblätter über die Verursachung der internationalen Wirtschaftskrise durch «die sozialistischen Regierungen in England, Australien, Deutschland und Rußland» der Wählerschaft vorlogen. Es ist weiter kein Zufall, daß gerade in neuerer Zeit, da der Zollprotektionismus in der ganzen Welt wahre Orgien feiert und die schweizerische Handelsbilanz sich von Vierteljahr zu Vierteljahr ungünstiger gestaltet, protektionistische Argumentationen auch in der Wahlpropaganda eine Rolle spielen konnten und gerade unserer eigentlichen Schutzzollpartei, der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, gewisse Chancen gegeben haben. *So wirkte sich eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Gegenwartstatsachen internationaler Natur, in demagogischer Verzerrung vor das Volk gebracht, gegen die Sozialdemokratische Partei aus.* Nichtsdestoweniger behielt diese propagandistisch die Oberhand dank ihrer grundsätzlichen Problemstellung Sozialismus oder Kapitalismus und dank auch einer geschickten Auswahl der besonderen Angriffspunkte (Tantiemenverteilung und Bankzusammenbrüche, Lohnabbau und Arbeitslosigkeit). Der Wahlkampf war gut und frühzeitig vorbereitet. Nie haben wir die Masse der sozialdemokratischen Parteimitglieder mit soviel Begeisterung und Hingabe im Ansturm gegen die Phalanx aller bürgerlichen Parteien gesehen. Nie hatten wir eine bessere Gelegenheit, vor vollbesetzten Versammlungssälen und bis in die letzten Bergtäler hinein die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft aufzuzeigen und vor einer aufs höchste gespannten Zuhörerschaft über sozialistische Planwirtschaft und Gemeinwirtschaft zu sprechen. In manchen Städten und in großen industriellen Gemeinden, wie zum Beispiel

im Kanton Zürich, in denen Wählerversammlungen vielfach wenig Anziehungskraft mehr ausüben und darum sozusagen von allen Parteien unterlassen werden, trugen ein Film und eine politische Revue viel dazu bei, prächtige Versammlungen zusammenzubringen und jeweilen auch einem Redner Gelegenheit zu geben, zu einem Publikum zu sprechen, das sonst nicht in unsere Versammlungen kommt. Die ausgezeichnete Vorbereitung des Wahlkampfes durch die Parteiinstanzen, insbesondere auch den schweizerischen Parteipräsidenten und das Parteisekretariat, und der erhebende Verlauf des letzten schweizerischen Parteitages haben nicht wenig dazu beigetragen, die Situation so zu nützen, wie das geschehen ist. Zeigte sich im Verlaufe des Kampfes auch eine schöne Solidarität der Gewerkschaften mit der Partei, so möchte man gerade für die Entwicklung unserer durchweg ungenügend verbreiteten Parteipresse von einem solchen Zusammenarbeiten für die Zukunft ein mehreres erwarten.

Die Sozialdemokratische Partei hat alle Ursache, sich dieser Wahlen als eines *Erfolges* zu freuen. Dieser Erfolg ist nach seinem zahlenmäßigen Gehalt, nach seiner symptomatischen Bedeutung für die Stetigkeit der Linksentwicklung der schweizerischen Arbeiterklasse sehr viel größer, als man nach den Mandatzahlen glauben könnte. Gelingt es uns, den Zuwachs auch in den kommenden Jahren auf der gleichen Stufe zu halten, werden die bürgerlichen Wahlkommentare recht bald dem Schweizervolk weniger Lorbeeren spenden, und der eine und andere unter den gescheiterten Köpfen im bürgerlichen Lager wird sich die Frage stellen: Inwiefern sind diese Erfolge der sozialdemokratischen Propaganda auf das kapitalistische Gesellschaftssystem als solches und inwiefern im besondern auf die bürgerliche Politik zurückzuführen? Aber ernstlich und grundsätzlich wird keiner von ihnen den Kapitalismus beseitigen, ernstlich und grundsätzlich keiner die bürgerliche Politik ändern wollen. Sie machen Konzessionen nur, soweit sie gerade müssen. Die diesmaligen Wahlversprechen des Bürgertums (Bankenkontrolle und Tantiemenbesteuerung) werden in den kommenden vier Amtsjahren des Parlaments nicht eingelöst. Eine Bankenkontrolle, die diesen Namen verdient, wird die bürgerliche Mehrheit so wenig wollen wie der Bundesrat und sein Finanzminister. Von der Beschneidung der «Auswüchse des Tantiemenwesens», wie bürgerliche Flugblätter sie versprochen haben, ist schon gar nichts zu erwarten. Die großen Tantiemen-Räte haben nichts zu befürchten.

Mit diesen vorläufigen Bemerkungen möchte ich einer tiefergehenden Betrachtung des hinter uns liegenden politischen Großkampfes nicht vorgreifen. Sie mag am Platze sein, sobald die amtlichen Wahlergebnisse vorliegen und wir zu den Ereignissen etwas größere Distanz gewonnen haben werden.